



## **Dynamischer Stahlmarkt vor neuen Herausforderungen**

Professor Dr.-Ing. Dieter Ameling  
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl  
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Hans Jürgen Kerkhoff  
Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl

Pressegespräch am 5. November 2007  
anlässlich STAHL 2007 in Düsseldorf

## 2007: Jahr der Höhepunkte

Im Jahr 2007 wird die Stahlindustrie mehrere Höhepunkte aufweisen:

Die **Rohstahlproduktion** wird voraussichtlich 48,6 Millionen Tonnen betragen, die größte Menge seit der Wiedervereinigung (**Bild 1**). Auch die Importe und die Exporte dürften Spitzenwerte erreichen. Der **Umsatz** wird zum fünften Mal hintereinander wachsen und dabei wahrscheinlich zum ersten Mal 45 Milliarden Euro überschreiten (**Bild 2**). Das durchschnittliche Umsatzwachstum seit 2003 beträgt knapp 20 Prozent, verglichen mit 8 Prozent im Zeitraum 1995 bis 2002.

Auch der globale Stahlmarkt präsentiert sich zurzeit in einer außergewöhnlich starken Verfassung. Die Nachfrage wird weltweit sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr um 6,8 Prozent wachsen (**Bild 3**). Bei der Weltrohstahlproduktion wird der 2007 erzielte Rekord von etwa 1,32 Milliarden Tonnen 2008 schon wieder übertroffen werden (**Bild 4**). Ähnlich wie in den Jahren 2000, 2004 und 2006 wird in allen großen Weltregionen die Konjunktur aufwärtsgerichtet sein. China, Indien, Brasilien und Russland werden die höchsten Zuwachsraten ausweisen. Auch die Stahlkonjunktur in den Vereinigten Staaten wird wieder anziehen.

Beachtlich ist auch die Wachstumsstärke Europas: Seit dem Jahre 2004 ist der EU-Stahlmarkt um 23 Millionen Tonnen gestiegen, von 172 Millionen Tonnen auf voraussichtlich 195 Millionen Tonnen 2008. Mehr als ein Viertel des Zuwachses entfällt davon auf den deutschen Markt. Nur in China und der GUS waren die Steigerungen im Vergleichszeitraum größer und in Indien etwa gleich groß. In Japan und der NAFTA beläuft sich der Anstieg dagegen auf gerade einmal vier Millionen Tonnen. Dabei ist in dieser rein quantitativen Betrachtung noch nicht berücksichtigt, dass heute aus einer Tonne Stahl mehr Stahlprodukte erzeugt werden können als vor 30 oder 40 Jahren. Das heißt: Mit der gleichen Menge Stahl können mehr Funktionen erfüllt werden, weil mit

hoch- bis höchstfesten Stählen leichter konstruiert werden kann. Gerade auf dem innovationsstarken europäischen Markt ist das besonders ausgeprägt.

### **Aktuelle Lage auf dem Stahlmarkt Deutschland**

Nach der atemberaubenden Entwicklung in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wächst der Aufschwung gegenwärtig nicht mehr so dynamisch wie zuvor. Sowohl Lieferungen als auch Auftragseingänge sind im Sommer gegenüber dem Vorjahr zurückgefallen, die Bestellungen sogar um mehr als 11 Prozent. Die Auftragsbestände haben ebenfalls abgenommen. Die Lieferungen stagnieren seit dem Frühjahr auf hohem Niveau. Die Auftragseingänge blieben im Sommer um knapp 10 Prozent gegenüber dem - allerdings sehr hohen - Vorjahreswert zurück (**Bild 5**). Die Auftragsbestände haben ebenfalls abgenommen. Auch der Geschäftsklimaindex für die Stahlindustrie des Münchner Wirtschaftsforschungsinstituts ifo hat sich in den vergangenen Monaten abgeschwächt, liegt aber noch knapp im positiven Saldenbereich.

Die aktuelle leichte Eintrübung der Stahlkonjunktur ist nur vorübergehend. Die stark gestiegenen Importe, insbesondere aus China, haben überall in Europa die Lagerbestände überhöht. Diese Bestände werden gegenwärtig abgebaut - ein Prozess, der sich bis zum Jahresende hinziehen wird. Anfang 2008 dürfte die Stahlnachfrage wieder anziehen, auch weil es dann zu den saisonal üblichen Lagerergänzungen kommen wird.

### **Ausblick 2008: Basis für fortgesetzten Aufschwung gegeben**

Wir sind zuversichtlich, dass auch das kommende Jahr ein weiteres gutes Jahr für die Stahlindustrie in Deutschland wird. Die Grundlage dafür bildet die nach wie vor robuste Konjunktur bei den Kunden der Stahlindustrie.

Ø So ist im **Maschinenbau**, auf den etwa 10 Prozent des Stahlbedarfs entfallen, ein Erlahmen der Auftriebskräfte nicht erkennbar (**Bild 6**). Die

Auftragseingänge haben im Zeitraum Juni bis August zweistellig gegenüber dem bereits sehr hohen Vorjahreswert zugelegt. Die Reichweite der Auftragsbestände liegt im Durchschnitt der Branche bei etwa sechs Monaten. Bis weit in das Jahr 2008 hinein kann mit einem kräftigen Stahlbedarf aus diesem Industriezweig gerechnet werden. Maschinen für Energiegewinnung, -transport und -umwandlung sind gefragt wie niemals zuvor. Dies wird noch einige Jahre anhalten.

- Ø Der **Fahrzeugbau** läuft in diesem Jahr viel besser, als erwartet werden konnte, trotz des heftigen Gegenwindes durch die Mehrwertsteuererhöhung und die Dollarschwäche (**Bild 7**). Ursache sind der außergewöhnlich kräftige Export und die rasante Aufwärtsdynamik im Nutzfahrzeugbereich. Außerdem dürfte sich 2008 auch der Inlandsmarkt mit steigenden Realeinkommen in Deutschland wieder erholen.
- Ø Sorge bereitet gegenwärtig nur die gespaltene Entwicklung im **Bauhauptgewerbe (Bild 8)**. Während der stahlintensive Industriebau sich relativ gut entwickelt, kommen wohl auf absehbare Zeit vor allem vom Wohnungsbau angesichts rückläufiger Auftragseingänge und schwacher Genehmigungen kaum Impulse für die Stahlnachfrage.

Sicherlich wird 2008 die Konjunktur der stahlverarbeitenden Branchen nicht so dynamisch sein wie in den Jahren 2006 und 2007 (**Bild 9**). Sie steht aber auf dem soliden Fundament des Zuwachses der beiden Vorjahre, da alle unsere großen Kundenbranchen einen steigenden Stahlbedarf haben. Auch in Europa ist damit zu rechnen, dass das Produktionswachstum der stahlverarbeitenden Branchen 2008 in etwa doppelt so stark ausfallen dürfte wie im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005, wie vor kurzem der europäische Stahlverband Eurofer prognostiziert hat.

## Risiken haben sich deutlich erhöht

Die Stahlkonjunktur verweilt auf hohem Niveau. Allerdings haben sich gleichzeitig die Risiken für die allgemeine Konjunktur und auch für die Stahlmärkte merklich erhöht:

- Ø Die Stahlindustrie in Deutschland ist der größte Kunde der Bahn. Sie braucht in der heutigen konjunkturellen Hochphase dringend jeden Güterwagen, jede Lok und jeden Lokführer. Ein länger andauernder **Güterverkehrsstreik** träfe die Stahlunternehmen daher hart. Über 80 Millionen Tonnen im Jahr werden mit der Bahn befördert (**Bild 10**). Das ist mehr als die Hälfte der Güter, die die Stahlindustrie insgesamt transportiert. Die Bedeutung des Schienengüterverkehrs ist bei der Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen ebenso hoch wie beim Versand von Fertigprodukten. Wegen der außerordentlich hohen Transportnachfrage fahren die wichtigen Verkehrsträger der Stahlindustrie – Bahn, Binnenschiff und LKW – vielfach bereits nahe der Kapazitätsgrenze.
  
- Ø Im kommenden Jahr sind zum wiederholten Mal massive **Preissteigerungen bei den Rohstoffen** zu befürchten. Dem Wachstum der weltweiten Stahlindustrie mit China an der Spitze hat die Erschließung neuer Rohstoffquellen und die Vergrößerung des Frachtraums nicht ausreichend folgen können. Obwohl die Verhandlungen mit den Erzlieferanten noch gar nicht begonnen haben, werden schon Preiserhöhungen in zweistelliger Höhe kolportiert. Hier müssen die drei großen Lieferanten von Eisenerz zur Mäßigung ermahnt werden. 48 Prozent Umsatzrendite sollten eigentlich genug sein. Fakt ist, dass sich die Feinerz- und Kokskohlenpreise seit 2003 mehr als verdoppelt haben. Beim Schrott ist der Preis um mehr als 80 Prozent gestiegen. Die Frachtraten für Eisenerz haben sich sogar um rund 175 Prozent erhöht (**Bild 11**). Auch dies wird eine Herausforderung für die Wertschöpfungskette werden.

- Ø Der **Wechselkurs** des Euro zum Dollar stieg allein seit Juli 2006 um 20 Prozent. Von diesem Ungleichgewicht gehen bereits erste Bremswirkungen auf die Stahlkonjunktur aus. Denn der teure Euro belastet die Ausfuhren, gerade auch für die stahlnahen exportorientierten Branchen. So haben die Ausfuhren in die Länder außerhalb der EU im bisherigen Jahresverlauf um 6 Prozent nachgegeben und sind im August mit minus 30 Prozent regelrecht eingebrochen.
  
- Ø Der starke Euro begünstigt **Importe**. Die Importentwicklung ist weiterhin angespannt, vor allem aufgrund der Einfuhr aus China. Seit Ende des Jahres 2005 hat sich die EU von einem Nettoexporteur in einen Nettoimporteur von Stahl gewandelt. Die Zahlen sind durchaus kritisch: Das Stahl-Außenhandelsdefizit Chinas mit der EU 27 in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres beträgt, hochgerechnet auf das Gesamtjahr, knapp 21 Millionen Tonnen.
  
- Ø Die **Antidumpingklagen** gegen die Einfuhren von feuerveredelten Blechen aus China und nichtrostenden kaltgewalzten Blechen aus China, Taiwan und Südkorea, die Eurofer am 29. Oktober 2007 bei der Europäischen Kommission eingereicht hat, sind vor dem Hintergrund der Importentwicklung notwendig und folgerichtig. Beide Erzeugnisse werden von den beklagten Ländern in der EU über den Stahlhandel bzw. über Steel Service Center vermarktet.

Bei Antidumpingverfahren spielen Kriterien eine entscheidende Rolle, die zum überwiegenden Teil vertrauliche sensible Unternehmensdaten betreffen. Das sind z. B. Preisentwicklungen, Gewinne, Herstellkosten oder auch Absatzmengen. Deshalb können nur einige grundsätzliche Fakten zu den Klagen erläutert werden:

- China trat bei feuerveredelten Blechen erstmals im Jahre 2005 als nennenswerter Lieferant in die EU in Erscheinung und setzte 178.000 Tonnen ab. 2007 wird dieses Land die Ausfuhren in die EU auf fast 1,9 Millionen Tonnen steigern (**Bild 12**).
- Ähnliches gilt bei China für nichtrostende kaltgewalzte Bleche mit einer Liefermenge von 7.000 Tonnen im Jahr 2005 und einer voraussichtlichen Steigerung auf 167.000 Tonnen in diesem Jahr. Auch Südkorea und Taiwan zeigen eine vergleichbare Entwicklung (**Bild 13**).
- Die China, Taiwan und Südkorea in den Klagen vorgeworfenen Dumpingspannen beim Export in die EU betragen bis zu 40 Prozent. Unter Dumpingspanne versteht man die Marge, zu der die Exportpreise die Heimatmarktpreise bzw. die Herstellkosten im Export- oder Vergleichsland unterschreiten.
- Unfaire Preise sind in diesem Ausmaß vor allem deshalb möglich, weil China seine staatlichen Stahlunternehmen subventioniert, weshalb es dort zu massiven Überkapazitäten gekommen ist.
- Bei uns übliche Standards, beispielsweise im Umwelt- und Wettbewerbsschutz, fehlen bei den Altanlagen in China oder werden nicht beachtet. So sind in China zwar durchaus Filter bei einem Hochofen vorgeschrieben. Diese werden aber aus Kostengründen häufig abgeschaltet (**Bild 14**). Ähnliche Umweltverschmutzer sind ältere chinesische Kokereien (**Bild 15**).
- Die chinesische Regierung und auch der Stahlverband haben immer wieder versichert, die unrentablen sowie umweltbelastenden Kokereien und Hochöfen stillzulegen. Offenbar konnte sich die Zentralregierung jedoch bisher nicht gegen die Provinzregierungen durchsetzen. So pusten allein die vielen veralteten kleinen Hochöfen in China jedes Jahr rund 430 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft. Das sind 100 Millionen

Tonnen mehr CO<sub>2</sub>, als wenn die gleiche Menge Roheisen von modernen europäischen Hochöfen erzeugt würde.

- Die durch unfaire Preise ermöglichten Exportoffensiven führen bei den Herstellern in der EU zu erheblichen Marktanteilsverlusten, Auftragsrückgängen und rückläufigen Kapazitätsauslastungen. Stillstände zur Vermeidung von Überproduktionen haben bereits stattgefunden. Investitionsentscheidungen, die schon vor Jahren getroffen wurden, stehen wieder in Frage. Zudem sind Überbestände der Handelslager zu beobachten, die durch spekulative Käufe von Importmaterial verursacht sind.
- China wird voraussichtlich bis Ende 2009 bei feuerveredelten Blechen seine Kapazität noch einmal um 12,5 Millionen Tonnen erhöhen. Allein dieser Aufbau entspricht 42 Prozent der in der gesamten EU vorhandenen Produktionskapazität von 30 Millionen Tonnen und damit etwa der Hälfte des europäischen Bedarfs.
- Noch krasser sind die Verhältnisse bei nichtrostenden kaltgewalzten Blechen: Hier plant China Kapazitätserhöhungen bis 2010 in einem Umfang von 4 Millionen Tonnen. Das entspricht sogar 80 Prozent der Kapazität der EU-Hersteller in Höhe von 5 Millionen Tonnen und damit in etwa dem Bedarf in der EU. Auch Taiwan und Südkorea erweitern ihre Kapazitäten.
- Die in China bestehenden Überkapazitäten haben das Verhältnis von Angebot und Nachfrage dort immer mehr in ein Ungleichgewicht gebracht und Exportdruck ausgeübt. Dabei wurden Korea und Taiwan auf den asiatischen Märkten verdrängt, so dass Exporte aus diesen Ländern mit außergewöhnlich hohen Steigerungsraten in den EU-Markt umgeleitet wurden. Dieser ist deshalb besonders attraktiv, weil er eine robuste Stahlkonjunktur mit einem starken Euro ausweist und zudem

ohne irgendwelche Handelsbarrieren wie Importzölle oder nichttarifäre Einfuhrhemmnisse beliefert werden kann.

- Bei den beiden betroffenen Produkten aus China gibt es weder Exportzölle noch eine vollständige Streichung der Mehrwertsteuererstattung beim Export, wie sie für eine Reihe anderer Walzstahlerzeugnisse gelten.

Alle Bemühungen der Europäischen Kommission, eine politische Lösung vor allem mit China zu finden, sind gescheitert. Handelsklagen sind kein Protektionismus. Sie sind das von der WTO ausdrücklich zugelassene Instrument zur Wiederherstellung fairer Handelspraktiken. Sie stellen daher ein notwendiges Korrektiv zu offenen Märkten dar. Es geht also nicht um eine Abschottung des EU-Marktes vor diesen Einfuhren. Daraus folgt:

- Fair gehandelte Stahlexporte aus den betroffenen Ländern und aus allen anderen der WTO angehörenden Drittländern werden weiterhin frei auf den europäischen Markt gelangen. Sie tragen daher zu einer kontinuierlichen Versorgung von Handel und Stahlverwendern bei.
- Verknappungen wird es angesichts der ausreichenden Kapazitäten in der EU und weltweit durch diese Antidumpingklagen nicht geben. Die Effekte etwaiger Antidumpingzölle werden daher für die Verwender dieser Produkte in der EU insgesamt gesehen denkbar gering ausfallen.

Nach dem EU-Antidumpingrecht muss die Europäische Kommission innerhalb von 45 Tagen nach Einreichung der Klage entscheiden, ob sie ein Antidumpingverfahren einleitet. Frühestens 60 Tage danach kann sie vorläufige Maßnahmen - z. B. in Form vorläufiger Antidumpingzölle - in Kraft setzen. Es wird also vermutlich etwa ein Vierteljahr dauern, bis Zölle wirksam werden. Dagegen könnten dann die betroffenen Länder China, Korea und Taiwan bei der Welthandelsorganisation WTO klagen. Das wäre

allerdings nur dann möglich, wenn die Europäische Kommission gegen die in der WTO vereinbarten Rahmenbedingungen für Antidumpingverfahren verstoßen sollte. Das halten wir jedoch für ausgeschlossen. Eurofer prüft derzeit, ob noch weitere Antidumpingbeschwerden bei anderen Produkten insbesondere aus China auf den Weg gebracht werden.

## **Energie- und Klimapolitik**

Ob der Konjunkturaufschwung der Stahlindustrie anhält, ist auch von einer politischen Begleitung durch eine wachstumsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik abhängig. Vor allem in der Energiepolitik ist die Stahlindustrie auf Rahmenbedingungen angewiesen, die zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen führen. Davon kann gegenwärtig nicht die Rede sein. Im Vergleich der Industriestrompreise der EU-Mitgliedstaaten liegt Deutschland nach Italien und Irland immer noch an dritter Stelle. Die Stahlindustrie begrüßt den Vorschlag des neuen RWE-Chefs Dr. Jürgen Großmann, einen „**Energiepakt für Deutschland**“ zu schließen, wenn damit den Belangen der energieintensiven Industrien besser Rechnung getragen werden kann. Sie ist als großer Energieverbraucher gerne bereit, sich mit Energiewirtschaft, Industrie und Politik zusammenzusetzen. Wenn in diesem Zusammenhang von einem neuen Verständnis von „Geben und Nehmen“ die Rede ist, bleibt zu beachten, dass die energieintensiven Branchen bereits viel „gegeben“ haben.

Die Stahlunternehmen in Deutschland kämpfen im Rahmen der **Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**, das auch industriellen Eigenstrom mit der EEG-Umlage belasten soll, gegen die Verteuerung der eigenen Stromerzeugung durch die EEG-Umlage. Dies sieht der Entwurf des Bundesumweltministeriums zur Novellierung des EEG vor. Die integrierten Hüttenwerke nutzen den aus Kuppelgasen bei der Eisen- und Stahlerzeugung erzeugten Strom für den Eigenbedarf. Das sind immerhin 8,1 Terrawattstunden im Jahr und entspricht rund 35 Prozent des Gesamtstromverbrauchs der Stahlindustrie. Würde diese umweltpolitisch sinnvolle Nutzung der Kuppelgase durch die EEG-Umlage belastet, hieße das jährlich

knapp 100 Millionen Euro Zusatzkosten (**Bild 16**). 68,9 Prozent der Stahlerzeugung in Deutschland mit einer Rohstahlproduktion von 33 Millionen Tonnen wären davon betroffen. Diese Gesetzesänderung soll im Bundeskabinett am 5. Dezember verabschiedet werden. Und das, obwohl es ökologisch kontraproduktiv ist. Denn die Verwertung von Kuppelgasen führt zu Energieeinsparungen und zu einer höheren Energieeffizienz. Der Anreiz, zusätzliche Anlagen für den Einsatz von Kuppelgasen zu bauen, wird deutlich verringert.

Eine besondere Bedeutung für die künftige Entwicklung der Energiekosten hat das integrierte **Energie- und Klimaprogramm**, das die Bundesregierung am 5. Dezember vorlegen wird. Dazu ist ein umfassendes Gesetzespaket in Arbeit. Viele Maßnahmen zielen auf die privaten Verbraucher. Aber auch die Industrie ist betroffen, etwa durch den Einsatz erneuerbarer Energien zur Beheizung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Ein neues Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes behauptet, die Umsetzung der auf der Klausurtagung in Meseberg beschlossenen Maßnahmen für eine Treibhausgasminderung um fast 40 Prozent würde bis 2020 langfristig sogar eine Ersparnis von 5 Milliarden Euro im Jahr bringen. Diese Aussage kann nicht nachvollzogen werden. So werden die Mehrkosten für Strom aus erneuerbaren Energien im Jahr 2020 von den Gutachtern auf lediglich 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Eine Studie, die die Stahlindustrie und die anderen energieintensiven Industrien beim Forschungsinstitut Energy Environment Forecast Analysis EEFA in Auftrag gegeben haben, kommt zu ganz anderen Ergebnissen: Demnach kostet der Ausbau der erneuerbaren Energien auf mindestens 25 Prozent im Jahr 2020 netto jährlich fast 7 Milliarden Euro. Insgesamt fallen bei Fortführung des Kernenergieausstiegs gesamtwirtschaftliche Kosten von 175 Milliarden Euro an.

Der BDI hat unter Beteiligung der Wirtschaftsvereinigung Stahl von McKinsey eine Studie erstellen lassen, die den Beitrag von 300 Einzelmaßnahmen zur Treibhausgasminderung detailliert mit Kosten bewertet. Die Studie zeichnet

ein praxisnahes Bild. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2020 unter Beibehaltung des Kernenergieausstiegs eine Emissionsverringerung um 26 Prozent wirtschaftlich möglich ist. Ein Minderungsziel von 40 Prozent kostet hingegen viele Milliarden Euro – und dies, obwohl die Subventionen für die erneuerbaren Energien als Kosten gar nicht mitgerechnet sind. Deshalb appelliert die Stahlindustrie an die Bundesregierung, bei der Verpflichtung auf Klimaziele bis 2020 Augenmaß walten zu lassen.

Für die Stahlindustrie zeigt die Studie von McKinsey nur noch geringfügige Potenziale zur Absenkung der Emissionen, da der Einsatz fossiler Brennstoffe in Hochofen und Stahlwerk in Deutschland mittlerweile am verfahrenstechnischen Minimum angelangt ist. Gleichwohl stellt sich die Stahlindustrie ihrer Verantwortung in der Klimavorsorge. Dort, wo zusätzliche Potenziale noch vorhanden sind, liegen die Kosten aber meist so hoch, dass eine Umsetzung nicht ohne weiteres wirtschaftlich ist und im internationalen Wettbewerb nicht finanziert werden kann. Um solche Potenziale zu erschließen, müssen die Anreize richtig gesetzt werden. Immer neue Belastungen durch den Emissionshandel oder die Kosten des EEG-Gesetzes sind jedenfalls der falsche Weg und schaden nur der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Beim **Emissionshandel** besteht für die europäischen Stahlunternehmen jetzt die Chance, die Konstruktionsfehler für die Zeit nach 2012 zu beheben. Die EU-Kommission wird am 8. Januar 2008 dazu einen Vorschlag unterbreiten. Die Stahlindustrie hat ein Handelssystem Stahl entworfen, das sich an technischen Benchmarks orientiert und Fehlanreize für Produktionsverlagerungen ins außereuropäische Ausland beseitigt. EU-Kommissar Günter Verheugen, Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und sogar Bundesumweltminister Sigmar Gabriel haben die Vorteile dieses Systems für den Klimaschutz anerkannt. Was aus Brüssel auf Deutschland zukommt, ist beunruhigend. Wenn Emissionszertifikate nicht mehr kostenlos ausgegeben, sondern vollständig versteigert werden, ist eine Stahlproduktion in Deutschland und Europa nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Stahlindustrie hofft

auf den Realitätssinn der EU-Kommission und darauf, dass die Bundesregierung sich schon heute mit aller Kraft gegen diese Pläne und für den Industriestandort Deutschland einsetzt. Auch darf die massive Verteuerung des Stroms durch den Emissionshandel nicht über 2012 hinaus zementiert werden.

**Fazit:**

Die Basis für eine weiterhin positive Stahlkonjunktur ist vorhanden. Die langsame Gangart im Moment und die zunehmend sichtbaren Konjunkturrisiken zeigen jedoch, dass der Aufschwung auf dem Stahlmarkt kein Selbstgänger ist. Die Politik ist hier gefordert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die gute Konjunktorentwicklung der Industrie nicht gebremst wird.

**STAHL 2007**

Anlass für das heutige Pressegespräch ist die Jahrestagung STAHL 2007, bei der es mit über 4000 Anmeldungen einen neuen Rekord gibt. Das Thema „Wettbewerb um Zukunft“ ist offenbar für viele interessant, die heute wissen wollen, was morgen auf sie zukommt. Auf einige Highlights möchte ich besonders hinweisen:

- Der Fachkräftemangel ist zurzeit das Innovationshemmnis Nr. 1 in den Unternehmen in Deutschland. Mit dem Thema „Wettbewerb um Talente“ befasst sich ein Stahldialog. Prof. Dr. Karl-Ulrich Köhler, Vorstandsmitglied der ThyssenKrupp AG und Vorsitzender des Vorstands der ThyssenKrupp Steel AG, berichtet am Donnerstag um 10:00 Uhr über das Schul- und Hochschulmarketing bei ThyssenKrupp Steel.
- Am Donnerstag um 14:30 Uhr wird Dr. Hartmut Mehdorn, Chef der Deutschen Bahn, über „Integrierte Mobilitäts- und Logistikketten und die Strategie der DB AG“ einen Vortrag halten. Dieses Thema hat angesichts der drohenden Streiks im Güterverkehr eine ungeahnte Aktualität erhalten.

- Der weltweit deutlich gestiegene Rohstahlbedarf konnte vor allem über das Vormaterial Roheisen gedeckt werden. Angesichts großer Investitionen in den Neubau von Hochöfen stellt sich die Frage, ob es nicht in naher Zukunft zu Überkapazitäten bei Roheisen kommen könnte. Dr. Peter Schmöle von ThyssenKrupp Steel hat zusammen mit dem Stahlinstitut VDEh berechnet, wie sich der Roheisenbedarf bis 2010 entwickeln wird. Er referiert darüber am Donnerstag um 15:30 Uhr.
- Entscheidende Stärken der Industrie in Deutschland und Europa sind ihre hoch entwickelte Technologie und ihre Innovationskraft. Wie kann die Industrie ihre Spitzenposition sichern und ihren Wissensvorsprung ausbauen? Dazu hält am Freitag Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan einen Vortrag über die Hightech-Strategie der Bundesregierung. Michel Wurth, Vorstandsmitglied von ArcelorMittal und Vorsitzender der European Steel Technology Platform - ESTEP, beantwortet die Frage aus der Sicht der Stahlindustrie. Er berichtet über die europäische Stahlforschung und ihren Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit.